

## Gastkolumne

# Der Uno-Pakt ist eine Falle der politischen Globalisierung

Je vager internationale Regeln formuliert sind, desto eher liefert sich ein Staat der Auslegung durch fremde Behörden aus



Paul Widmer

Lange galt die Globalisierung als ein Selbstläufer. Auf ihren ritualisierten Treffen in Davos erklärten die international vernetzten Grössen, mit dem Abbau von Grenzen würden alle von einem einmaligen Wirtschaftsaufschwung profitieren. Zudem sei damit der Siegeszug der Demokratie besiegelt.

Die Botschaft war angenehm. Doch sie stimmte nicht, weder wirtschaftlich noch politisch. Die Globalisierung erzeugte Gewinner, aber nicht nur. Viele stehen heute wirtschaftlich schlechter da als vorher. Politisch sieht die Bilanz auch durchgezogen aus. Die Übertragung von immer mehr Kompetenzen auf transnationale Entscheidungsträger ist nicht gratis zu haben. Sie geht auf Kosten der nationalen Gesetzgeber. Und die Demokratie? Auch falsch. Sie ist weltweit nicht auf dem Vormarsch, sondern auf dem Rückzug.

Die unerwünschten Nebenwirkungen in der Wirtschaft sind inzwischen auf dem Radarschirm der Politiker aufgetaucht, die politischen noch kaum. Dazu ein paar Worte. Man muss von zwei Tatsachen ausgehen: Erstens erzeugen die Nationalstaaten nach wie vor die Legitimität für das politische Handeln. Die Gesetzgeber entscheiden auf nationaler Ebene, was sie wollen. Zweitens sind alle Staaten aufeinander angewiesen.

Deshalb müssen sie das Verhältnis untereinander regeln und internationale Verpflichtungen eingehen. Keiner kommt darum herum. Aber man sollte auf etwas achten: Je konkreter die Verträge, desto besser. Dann wissen die Gesetzgeber, worauf sie sich einlassen. Vorbildlich ist etwa das Kyoto-Protokoll mit seinen genauen Zielen für jeden Staat.

Anderer Verträge wie die Menschenrechtskonventionen sind mehr auf Prinzipien ausgerichtet und mit einer Überwachungsbehörde in Form eines Gerichts oder einer Kommission ausgestattet. Die Uno kennt ein Dutzend solcher Konventionen (etwa gegen den Rassismus oder die Diskriminierung von Frauen), der Europarat annähernd gleich viele. Und ständig kommen neue hinzu, demnächst ein Uno-Migrationspakt.

Die klassischen Menschenrechte, etwa das Recht der freien Meinungsäusserung oder die Versammlungsfreiheit, sind grosse Errungenschaften. Sie sind unabdingbar für eine liberale Weltordnung. Doch heute gilt bald jedes Recht, insbesondere jedes Sozialrecht, als Menschenrecht, bis hin zum Anspruch auf regelmässig bezahlte Ferientage. In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts zählte man noch 30, jetzt spricht man von 300 Menschenrechten. Und die Überwachungsbehörden fördern mit einer dynamischen Rechtsauslegung die Ausuferung. Irgendeine Diskriminierung findet sich ja immer.

Und so geraten wir in die Falle der politischen Globalisierung: Die Gesetzgeber in einem Nationalstaat unterzeichnen eine Konvention und verpflichten sich, diese einzuhalten. Die internationalen Überwachungsbehörden kontrollieren hernach, ob dies auch geschieht. Sie nehmen sich



Man darf sich nicht mit der Zusicherung abspeisen lassen, ein Vertrag sei bloss politisch bindend. Jene, die damit Druck ausüben wollen, stehen schon in den Startlöchern.

jedoch das Recht heraus, den Vertragstext so auszulegen, dass er nicht nur die ursprünglichen Verpflichtungen, sondern auch eine - in ihren Augen - zeitgemässe Weiterentwicklung umfasst. Das geht so lange gut, wie der Gesetzgeber damit einverstanden ist. Wenn er es aber nicht ist, kann er nichts dagegen tun. Denn er müsste entweder die internationale Konvention ändern oder diese kündigen. Das Erste ist praktisch unmöglich, denn dazu benötigte man die Zustimmung aller Vertragsstaaten. Das Zweite will man nicht, weil man den Kern der jeweiligen Konvention als sinnvoll erachtet. So sitzt der Gesetzgeber in der Falle. Er ist weitgehend entmachtet und der Interpretation des Zeitgeistes durch die internationalen Behörden ausgeliefert.

Dieser Zustand kontrastiert stark mit den staatsrechtlichen Verfahren auf nationaler Ebene. Dort kann der Gesetzgeber, wenn seine Anordnungen nicht umgesetzt werden, korrigierend eingreifen. Daraus sollte man eine Lehre ziehen: Man darf die Zügel nicht eilfertig aus der Hand geben. Bevor man eine Konvention unterzeichnet, muss man die Auswirkungen gründlich prüfen. Man darf sich nicht mit der Zusicherung abspeisen lassen, ein Vertrag sei bloss politisch bindend. Jene, die damit Druck ausüben wollen, stehen schon in den Startlöchern. Und was die dynamische Rechtsprechung betrifft, so ist es an der Zeit, Schranken zu setzen. Nicht internationale Behörden haben über eine Weiterentwicklung von bestehenden Verpflichtungen zu befinden, sondern die nationalen Gesetzgeber. Dieses Recht steht ihnen allein zu.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



## Medienkritik

## Berufsverband verpasst Entlassungen



Ronnie Grob

Es ist ein Ritual. Werden irgendwo in der Schweiz Journalisten entlassen, dauert es nicht lange, und es gibt eine Medienmitteilung vom Berufsverband Impressum mit dramatischer Wortwahl: Man zeigt sich wahlweise «bestürzt», «schockiert» oder «entsetzt». Als im August Ringier Axel Springer Restrukturierungen vornahm, bemühte sich der Verlag, die vom Stellenabbau betroffenen sieben Mitarbeitenden weiter zu beschäftigen. «Diese halberzogene Zusicherung» reiche nicht, verlaubte Impressum sofort: den betroffenen Mitarbeitern sei «in jedem Fall verlagsintern eine andere Stelle» anzubieten.

Letzten Montag nun gab es ein regelrechtes Debakel zu beklagen: die «Tageswoche» aus Basel wurde eingestellt, aus «rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen», wie die Geschäftsführerin Sibylle Schürch betonte. «30 persönliche Schicksale und Arbeitsplätze sind damit verbunden», schrieb die Herausgeberin, die Stiftung für Medienvielfalt, und nannte ihre Kündigung von 18 Vollzeitstellen «schwer» und «schmerzhaft».

Zur Einstellung der «Tageswoche» gab es aber keine Mitteilung von Impressum. Man habe das Ereignis schlicht verpasst, hiess es tags darauf. Am Telefon erklärte Urs Thalman, der Geschäftsführer von Impressum, im Fall «Tageswoche» handle es sich laut Obligationenrecht tatsächlich um eine «Massenentlassung»: Die Zeitung sei verpflichtet, die Arbeitnehmervertretung zu konsultieren. Man bedaure die Einstellung des Titels, das sei eine weitere Einschränkung der Medienvielfalt.

Noch Ende Oktober forderte der Berufsverband Impressum Arbeitsplatzgarantien in Basel: bei der Übernahme der «Basler Zeitung» durch Tamedia. Die Mediengewerkschaft Syndicom, die das Ende der «Tageswoche» ebenfalls verpasste, schwieg schon damals. Sie drückte dafür in einem Artikel ihre Solidarität mit kanadischen Pöstlern aus.

Ronnie Grob ist Redaktor beim «Schweizer Monat». (ronniegrob@gmail.com)

## 49 Prozent

## «Man könnte auch einmal etwas Positives bringen»



Patrick Imhasly

Dafür interessieren sich die Leserinnen und Leser der Zukunft: «Ich finde Blitze nicht gefährlich, weil die meisten Blitze sowieso im Himmel bleiben», schreibt mein Göttimeitli auf Seite 53 dieser Zeitung - in einem Artikel über die Häufigkeit von Blitzschlägen. Sie hat diese Woche den Zukunftstag bei mir auf der Redaktion verbracht.

Als mein Göttimeitli hier war, beschäftigten ihn die «fünf gefährlichsten Tiere der Welt». Er kam in seinem Text zum Schluss: «Normalerweise frisst der Haifisch keine Menschen, aber manchmal verwechselt er ein Surfbrett mit einer Robbe - und das war's.»

Mein älterer Sohn stellte letztes Jahr fest, dass ein Strauss schneller läuft als ein Sport-

ler über 5000 Meter. Das beweise, dass die eigentlichen Rekorde den Tieren gehörten. «Ich glaube, dass das voraussichtlich die nächsten 1000 Jahre so bleibt.»

Am Donnerstag um acht Uhr morgens sind mein Göttimeitli und ich auf den Zug gegangen, und abends um 19 Uhr sind wir beide erschöpft wieder nach Hause gekommen. Sie trug mit mir Informationen zum weltweiten Auftreten von Blitzen zusammen und schrieb ihren kleinen Text direkt ins Zeitungslayout. Am Nachmittag drehte sie mit anderen Kindern ein Video. «Es war cool und die Leute waren total nett», sagte sie mir auf der Heimreise. «Es war schön mit dir», habe ich geantwortet und mich gefreut über das, was wir zusammen geleistet haben. Ingeheim hoffe ich, eine Zeitungsleserin geworden zu haben.

Früher hiess der Zukunftstag noch Tochtertag und war darauf angelegt, Mädchen einen Einblick in die Welt klassischer Männerberufe zu geben. Die Väter sollten für die Berufswahl ihrer Töchter sensibilisiert werden. Dass die Söhne ebenso ihre Mütter zur Arbeit hätten begleiten wollen, konnten sich die Organisatoren dieses Tages damals

offensichtlich nicht vorstellen. Erst im Jahr 2010 hat man den Tag offener gestaltet und nennt ihn seitdem Zukunftstag - mit dem erklärten Ziel, dass sowohl Mädchen als auch Buben «untypische Arbeitsfelder und Lebensbereiche kennenlernen und Erfahrungen fürs Leben machen. Der nationale Zukunftstag fördert damit frühzeitig die Gleichstellung von Frau und Mann bei der Berufswahl und der Lebensplanung.»

Der Zukunftstag ist ein spannender Tag; mein Göttimeitli und ich haben tatsächlich viel voneinander gelernt. Ob allerdings deswegen Mädchen später im Leben häufiger typische Männerberufe und Buben klassische Frauenberufe ergreifen, das wage ich zu bezweifeln. Psychologen der Universität Bern haben in einer Studie den Schweizer Arbeitsmarkt zwischen 1991 und 2014 untersucht und festgestellt: Frauen arbeiten nach wie vor viel häufiger in typischen Frauenberufen wie Lehrerin und Männer in angestammten Männerberufen wie Maschinenbauer. Und das trotz wachsender Gleichberechtigung in dieser Zeitspanne. «Die Ausübung von Berufen anhand geschlechtertypischer Berufsinteressen ist



Der Zukunftstag ist ein spannender Tag; mein Göttimeitli und ich haben tatsächlich viel voneinander gelernt.

äusserst stabil», schreiben die Forscher der Universität Bern.

Allen Gleichstellungsbemühungen zum Trotz: Frauen und Männer ticken nun einmal anders. Das hat jüngst eine andere, weltweite Untersuchung bestätigt. Haben Frauen in einer Gesellschaft, in der weitgehend Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern herrscht, die freie Wahl, ziehen sie Berufsinhalte vor, die mit Menschen zu tun haben. Männer hingegen mögen lieber Jobs, die mit Risiken verbunden sind und in denen kompetitives Verhalten belohnt wird.

Aber so wichtig ist diese Gendertheorie nicht. Ich hoffe einfach, dass mein Göttimeitli eines Tages ihren Berufswunsch erfüllen kann: «Innenarchitektin und im Nebenberuf Autorin». Derweil sollten wir Journalistinnen und Journalisten bei der «NZZ am Sonntag» uns ihren Rat zu Herzen nehmen: «Mal etwas anderes bringen als immer nur das Gleiche. Man könnte auch mal was Positives bringen, nicht nur immer dasselbe (zum Beispiel Politik, Krieg, Terroranschläge).»

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».